

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 16.01.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:30 Uhr bis 18:21 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Raik Müller	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Ute Borchert	SKE
Herr Manfred Czock	SKE
Herr Eric Eigendorf	SPD
Herr Mamad Mohamad	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Frau Annerose Winter	Verwaltung
Frau Annette Wunderlich	SKE
Frau Vofrei	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter Halle
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Herr Dr. Sebastian Kranich	SKE
Frau Helga Schubert	Liga der freien Wohlfahrtspflege in Halle
Frau Jäschke	Vertreterin Flüchtlingsfrauenhaus
Frau Hurt	Vertreterin Flüchtlingsfrauenhaus
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter für Bildung und Soziales
Herr Jörg Baus	Verwaltung
Herr Dr. Toralf Fischer	Verwaltung
Frau Dr. Christine Gröger	Verwaltung
Frau Kerstin Riethmüller	Verwaltung
Frau Petra Schneutzer	Verwaltung
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verwaltung
Frau Andrea Simon	Verwaltung
Herr Thomas Godenrath	Verwaltung
Frau Konstanze Hermann	Verwaltung

anwesend bis 17:49 Uhr

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Brigitte Thieme	SKE
Frau Susanne Wildner	Verwaltung

vertreten durch Herrn Paulsen

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte die Mitglieder und wünschte allen ein gesundes Jahr 2014 mit viel Erfolg.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat um Abstimmung zur Tagesordnung, jedoch in geänderter Form. Sie schlug vor, die auf der bisherigen Tagesordnung aufgeführten Punkte 5 bis 7 vorzuziehen. Tagesordnungspunkt 4 muss vertagt werden, da noch nicht alle relevanten Unterlagen diesbezüglich vorliegen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, erklärte, dass hinsichtlich des Punktes „Fördermittelvergabe 2014 für Träger und Projekte der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale)“ Klärungsbedarf innerhalb der Stadtverwaltung besteht und somit in der Sitzung diesbezüglich keine Beratung erfolgen kann.

Weiterhin bat **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, um Entschuldigung, dass der Antrag zu 9.1 nicht rechtzeitig und ordnungsgemäß zugestellt wurde. Der Antrag kann daher nicht behandelt werden und wird in der SGGA-Sitzung im Februar beraten.

**Herr Schachtschneider, CDU**, bat um Information, wann eine Beschlussvorlage zur „Fördermittelvergabe 2014 für freie Träger und Projekte der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale)“ vorgelegt wird und dann darüber auch entsprechend beschlossen werden kann.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, erläuterte, dass sich die relevanten Unterlagen z. Z. im Verwaltungsumlauf befinden und eine entsprechende Beschlussvorlage erarbeitet wird.

**Herr Müller, CDU**, fragte nach, ob zum Antrag der Fraktionen zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen in städtischen Veröffentlichungen den sachkundigen Einwohnern nicht auch die Tagesordnungspunkte des Stadtrates vorgelegt werden könnten. So wäre jeder über die Anträge der Fraktionen informiert.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, und **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, erklärten, dass dies nicht möglich ist.

**Frau Wolff, MITBÜRGER/NEUES FORUM**, empfahl, den Tagesordnungspunkt 9.1 in der nächsten Sitzung des SGGA zu behandeln. Aufgrund der verspäteten Zustellung könnte es zu einem Formalienstreit kommen.

**Herr Müller, CDU**, verwies darauf, dass der Oberbürgermeister angekündigt hatte, dass zukünftig durch die Verwaltung eine Stellungnahme mit PRO und CONTRA zur Verfügung gestellt werden soll.

**Herr Schachtschneider, CDU**, stimmte dem Vorschlag von Frau Wolff, MITBÜRGER/NEUES FORUM, zu. Der Antrag der Fraktionen muss von der Tagesordnung abgesetzt und in der Februar-Sitzung beraten werden.

**Herr Paulsen, Grundsatzreferent**, machte deutlich, dass die Absetzung des Antrages der einzig richtige Weg ist, da der Antrag den Mitgliedern des SGGa nicht zeitgerecht vorlag. Auch wurde der Antrag zur Diskussion in den entsprechenden Fachausschuss verwiesen. Die Verwaltung möchte erst die Diskussion zum Antrag abwarten und dann eine Abwägung erstellen.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, bat um Entschuldigung für die verspätete Zustellung des Antrages. Er gab jedoch zu bedenken, dass die Angelegenheit formal juristisch in Ordnung ist.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, gab noch einmal bekannt, dass die Punkte 4 – Fördermittelvergabe 2014 für Träger und Projekte der sozialen Arbeit der Stadt Halle und Punkt 9.1 – Antrag der Fraktionen zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen in städtischen Veröffentlichungen von der Tagesordnung gestrichen und in der Februar-Sitzung des SGGa behandelt und beraten werden.

**Abstimmungsergebnis:**     9     JA-Stimmen  
                                  0     NEIN-Stimmen  
                                  1     Enthaltungen  
                                  einstimmig zugestimmt

Folgende geänderte Tagesordnung wird festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle (Saale)
5. Vorstellung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms des Jobcenters Halle (Saale)
6. mündliche Berichterstattung durch die Vertreterin des Flüchtlingsfrauenhauses
7. Beschlussvorlagen
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Mitteilungen
- 10.1. Themenspeicher
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte Frau Helga Schubert, die die Arbeit der Liga der freien Wohlfahrtspflege im SGGA vertritt.

### zu 3        **Genehmigung der Niederschrift**

---

Die Mitglieder des SGGA stimmten der Niederschrift vom 28. November 2013 zu.

**Abstimmungsergebnis:**    10    JA-Stimmen  
  0    NEIN-Stimmen  
  0    Enthaltungen  
  einstimmig zugestimmt

### zu 4        **Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle (Saale)**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte Frau Tempel und Frau Vofrei vom Jobcenter Halle.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters**, führte zur aktuellen Arbeitslosenstatistik aus.

Im Dezember 2013 wurden 10.510 Arbeitslose verzeichnet. Es ist damit ein Anstieg zum Vorjahr erkennbar. Die Arbeitslosenquote bei Frauen wurde gesenkt, während bei den Männern ein Anstieg zu registrieren war. Auch war die Quote der arbeitslosen Ausländer höher als im Vorjahr. Wiederum ist erfreulich, dass die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen zurückging. Die Arbeitslosigkeit im Bereich der 50-Jährigen und der Gruppe 55 + ist teilweise sehr hoch. Es wurden 20.042 Bedarfsgemeinschaften erfasst.

**Herr Czock, sachkundiger Einwohner**, bat um Erklärung, worin sich der Anstieg im Bereich der Altersgruppen 50 und 55 + begründet. Auch möchte er wissen, ob die Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit aufgrund von Maßnahmen erfolgte.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters**, machte deutlich, dass viele Unternehmen zwar 50-Jährige einstellen, jedoch die Zahl der Einstellungen für 55-Jährige und älter sehr gering ist. Trotz des hohen Fachkräftemangels haben die Unternehmen darauf noch nicht reagiert.

Zur Frage der Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit erklärte **Frau Tempel**, dass durch Ausbildung und Maßnahmen eine Verringerung erzielt werden konnte.

**Herr Schachtschneider, CDU**, fragte nach den Programmen ECO und ECO PLUS.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters**, legte dar, dass zu diesen Programmen eine erweiterte Berichterstattung in den nächsten Ausschuss-Sitzungen erfolgen wird.

**Frau Vofrei, Bereichsleiterin des Jobcenters**, gab Auskunft zur Statistik Bildung und Teilhabe. Bis zum 31.12.2013 lagen 17.126 Anträge vor. Es wurden

- 14.689 Anträge bewilligt
- 497 abgelehnt
- 325 Versagungen erteilt und
- 155 Verzichte verzeichnet.
- 1.330 Anträge wurden weitergeleitet.

In der Statistik ist eine deutliche Steigerung der Antragszahlen zu den Jahren 2011 und 2012 erkennbar.

**Frau Wolff, MITBÜRGER/NEUES FORUM**, fragte nach, ob eine Verbesserung bei der Bewilligung von Klassenfahrten zu verzeichnen ist.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters**, antwortete, dass es vorwiegend Probleme für Angelegenheiten gibt, bei denen keine klare Regelung durch den Gesetzgeber getroffen wurde. Die Kunden erhalten im Jobcenter einen Info-Flyer in Form einer Mappe, der die wichtigsten Mitteilungen enthält. Durch gute Verhandlungsführung und eine Anpassung sind damit auch weniger Beschwerden eingegangen.

**Frau Wolff, MITBÜRGER/NEUES FORUM**, bat um Vorlage eines Info-Flyers (Mappe).

**Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters**, wird in der nächsten Ausschuss-Sitzung ein Anschauungsexemplar vorlegen.

Weiterhin äußerte sich **Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters**, zu dem in der letzten Woche veröffentlichten Artikel in der Bildzeitung (Anm.: Verwendung von Mitteln zur Eingliederung für Verwaltungskosten). Die Aussagen des Jobcenters wurden falsch dargestellt. Sie erklärte auch, dass die Mittel des Jobcenters untereinander deckungsfähig sind. Insofern können auch Mittel aus dem Eingliederungstitel für Verwaltungskosten eingesetzt werden. Es kommt aber nicht zu einer Verschiebung von Geldern. Im Vordergrund steht bei der Arbeit des Jobcenters der wirtschaftliche und sparsame Umgang mit Geldern. Diese Angelegenheit wird zum Tag der Jobcenter in Berlin noch einmal thematisiert.

## **zu 5        Vorstellung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms des Jobcenters Halle (Saale)**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, informierte, dass es zu diesem Thema eine Informationsvorlage im Stadtrat geben wird. Frau Tempel wird vorab rein informativ das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm vorstellen.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter**, gab bekannt, dass die Bereichsmitglieder über diesen Bericht bereits im Dezember informiert wurden. Der Bericht kann auch auf der Internetseite des Jobcenters eingesehen werden. Es werden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Ziele sowie Schwerpunkte dieses Programms dargestellt. Die Zielgruppenarbeit und die Entwicklung dieser sind Hauptaugenmerk. Ein Hauptziel ist z. B., Fachkräfte auszubilden bzw. fehlender/nicht adäquater Ausbildung entgegenzuwirken, um auch so dem Fachkräftemangel entgegenzutreten. Jugendliche sollen in Arbeit und Ausbildung gebracht werden, hierbei steht die Erstausbildung besonders im Fokus. Es sind verschiedene ESF-Projekte und Maßnahmen in der Umsetzung. Weiterhin sollen Langzeitarbeitslose aktiviert werden. Dabei spielen die Zusammenarbeit und der Kontakt mit Unternehmen eine große Rolle.

Ein separates Team ist für arbeitslose Alleinerziehende zuständig. Hier erfolgen u. a. auch Angebote von Teilzeitjobs-/qualifizierungen. Frau Tempel erläuterte, dass es durch die familiäre Situation oft zu Problemen in der Arbeitsvermittlung kommt. Ganz besonders benannte sie hier das Problem der Kinderbetreuung, da viele Jobangebote mit Schichtdienst verbunden sind.

Ferner ging Frau Tempel auf Projekte für ältere Arbeitslose ein, zz. sind ca. 3.000 ältere Menschen arbeitslos. Durch Qualifizierungen wird versucht, diese Altersgruppe auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen. Auch hier sind verschiedene Projekte anhängig.

Ferner ist das Jobcenter im Bereich von Selbstständigen tätig. 2 Teams sind für die Gruppe von Selbstständigen aktiv. Es werden Beratungen angeboten, Alternativen zur Arbeitslosigkeit aufgezeigt und Marketing betrieben. Das Jobcenter arbeitet mit verschiedenen Netzwerken zusammen, um die Arbeit zu optimieren.

Für Menschen mit Migrationshintergrund wird eine Sprachförderung angeboten. Auch erfolgt eine Prüfung der Anerkennung von Berufsabschlüssen, die die jeweilige Person in ihrem Heimatland erworben hat. Auch hier ist das Jobcenter eng mit dem ESF-Netzwerk verbunden.

Für Schwerbehinderte und Rehabilitanden wurde ein neues Förderprogramm initiiert. Leider nehmen die Unternehmen die Angebote des Jobcenters, Schwerbehinderte und Rehabilitanden zu beschäftigen, kaum wahr. Das Jobcenter bemüht sich daher, diese Angebote publik zu machen. Da bei Rehabilitanden oft andere Kostenträger die Entscheidungen treffen, besteht hier wenig Einfluss des Jobcenters.

Das Jobcenter hat ein Bewerbercenter eingerichtet, um Arbeitslosen die Chance zu ermöglichen, einen Ausbildungsabschluss zu erwerben und somit die Möglichkeiten am Arbeitsmarkt zu optimieren. Hier können Bewerbungsgespräche unter Zustimmung des Kunden trainiert werden, der Zugriff auf Datenbanken ist möglich.

Ein weiteres Projekt ist mit dem Flughafen Leipzig-Halle für den Bereich Logistik entstanden. 16 Kunden bis zum Alter von 30 Jahren werden hier betreut und gruppendynamisch unterstützt. Ziel soll es ferner sein, Praktika im Ausland zu ermöglichen. Eine fortführende Berichterstattung wird in den nächsten SGGA-Ausschüssen erfolgen.

Das Jobcenter strebt an, in der Innenstadt einen „Jobpoint“ zu betreiben. Hier erfolgt zentral die Beratung von Kunden durch Mitarbeiter des Jobcenters.

Zum beschäftigungsorientierten Fallmanagement erläuterte Frau Tempel, dass hier eine intensive Zusammenarbeit mit den Netzwerken erfolgt. Die Beratung von Arbeitgebern, Grundlagen der Gleichstellung und eine Einzelfallberatung sind hier Hauptaufgaben.

Frau Tempel verdeutlichte auch die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit. Schnittstellen für Unternehmen wurden durch einen gemeinsamen Agenturservice geschaffen.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Stadt Halle brachte Frau Tempel zum Ausdruck, dass speziell im Bereich der Schuldner- und Suchtberatung, zur Kinderbetreuung und zur sozialen Integration eine gute Vernetzung zur Stadt besteht.

Durch ESF-Mittel wird das Projekt „Jahresringe“ unterstützt. Hierbei sollen Praktika im Ausland gefördert werden, um der Abwanderung von Jugendlichen entgegenzuwirken. Auch das Projekt „Familien stärken“ möchte Frau Tempel nicht unerwähnt lassen.

Zur Bildungszielplanung arbeiten Jobcenter und Agentur für Arbeit eng zusammen und haben die Ziele bereits erstellt.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter**, erklärte sich bereit, in den nächsten SGGA-Ausschüssen zu diesem Thema weiter zu berichten.

**Frau Wolff, MITBÜRGER/NEUES FORUM**, bat um Zurverfügungstellung eines Exemplars dieses Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms. Eventuell ist ein Mail-Versand an die Fraktionen möglich.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter**, sicherte zu, der Stadt Halle ein Exemplar des Berichts zu übermitteln, eine selbstständige Verteilung innerhalb der Stadt wird entsprechend vorgenommen. Auch gab Frau Tempel noch einmal bekannt, dass der Bericht auf der Internetseite des Jobcenters veröffentlicht wurde.

**Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin**, fragte nach, ob sich das Jobcenter zur Bürgerarbeit äußert. Sie stellte heraus, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende sehr schwierig sei und die Kommunen diesem Umstand entgegenwirken müssen. Weitergehend bat sie um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie erfolgt die Vermittlung am Flughafen Leipzig-Halle?
2. Welche Möglichkeiten und Maßnahmen gibt es für Jugendliche?

**Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter**, beantwortete die Fragen wie folgt:

1.

Das Jobcenter hat verschiedene Kooperationspartner im Bereich des Flughafens. So u. a. mit DHL und den entsprechenden Zulieferern sowie auch mit Amazon. Dort gibt es verschiedene Möglichkeiten der Beschäftigung, die das Jobcenter anbietet.

2.

Die Jugendlichen sollen durch entsprechende Angebote und Maßnahmen motiviert werden. Nur bei Nichterfüllung von Aufgaben bzw. Nichtmitwirkung erfolgen Sanktionen bzw. Kürzungen.

In der Februar-Sitzung des SGGA wird im Thema Bürgerarbeit dazu weitergehend informiert.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter**, führte weiter aus, dass evtl. durch das Land oder den Bund noch weitere Programme zur Unterstützung eingeführt werden. Das Jobcenter arbeitet eng mit dem EB für Arbeitsförderung der Stadt Halle sowie der IHK Halle-Dessau zusammen.



**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, dankte Frau Tempel für ihre Ausführungen. Sie bat Frau Tomczyk-Radji, weitergehende Fragen schriftlich zu formulieren.

**zu 6 mündliche Berichterstattung durch die Vertreterin des Flüchtlingsfrauenhauses**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte die Vertreterinnen des Flüchtlingsfrauenhauses, Frau Jäschke und Frau Hurt. Es war Wunsch der Ausschussmitglieder, dass über die Arbeit des Flüchtlingsfrauenhauses eine Berichterstattung erfolgt.

**Frau Jäschke, Vertreterin des Flüchtlingsfrauenhauses**, ist seit 2007 Mitarbeiterin des Flüchtlingsfrauenhauses.

**Frau Hurt, Vertreterin des Flüchtlingsfrauenhauses**, führte aus, dass Träger des Flüchtlingsfrauenhauses der Paritätische Verband ist. Das Flüchtlingsfrauenhaus wird vom Innen- und Sozialministerium des Landes Sachsen-Anhalt gefördert. Das Flüchtlingsfrauenhaus ist ein geschützter Rückzugsort und verfügt über 10 Plätze (Mütter mit Kindern). Zutritt ist Männern nicht erlaubt. Der Aufenthalt der Hilfesuchenden ist auf 1 Jahr begrenzt. Aufgrund der oft traumatischen Erlebnisse soll Vertrauen geschaffen werden. Der Persönlichkeitsaufbau steht im Vordergrund, die Personen sollen gestärkt werden. Oft fehlt jegliche Familienstruktur. Das Flüchtlingsfrauenhaus will die Verantwortung der Hilfesuchenden stärken, Normalität schaffen und auf den Alltag vorbereiten. Die Herkunft der Frauen ist vielfältig, stark vertreten sind der afrikanische Sektor, aber auch Russland, Iran, Irak, Afghanistan und Syrien. Bisher wurden im Flüchtlingsfrauenhaus 90 Personen versorgt.

Die Vertreterinnen des Flüchtlingsfrauenhauses möchten auf ihre Arbeit aufmerksam machen und die Öffentlichkeit dafür sensibilisieren. Sie sind in verschiedenen Gremien aktiv, leisten Hilfe und Unterstützung.

**Frau Jäschke, Vertreterin des Flüchtlingsfrauenhauses**, erklärte noch einmal deutlich, dass sie jedoch keine Spezialisten für psychische Erkrankungen sind und auch Hilfesuchende mit einem solchen Krankheitsbild nicht aufnehmen.

**Frau Hanna Haupt, SPD**, bat um Auskunft, wie hoch die Zahl der durchschnittlichen Belegung im Frauenhaus ist.

**Frau Jäschke, Vertreterin des Flüchtlingsfrauenhauses**, antwortete dazu, dass eine Belegung mit 10 Personen dauerhaft zu verzeichnen ist.

**Herr Dr. Yousif, DIE LINKE.**, möchte wissen, wie die Betreuung im Asylverfahren erfolgt und wie die Kinderbetreuung vorgenommen wird.

**Frau Jäschke, Vertreterin des Flüchtlingsfrauenhauses**, gab an, dass die Asylverfahren trotz Aufenthalt im Flüchtlingsfrauenhaus normal in den Behörden bearbeitet werden und die Mitarbeiterinnen darauf auch keinen Einfluss haben. Sie sind einzig für die seelischen Bedürfnisse der Flüchtlinge zuständig, die rechtlichen Angelegenheiten werden zum größten Teil durch Anwälte geregelt. Die Mitarbeiterinnen unterstützen die Hilfesuchenden bei der Kitaplatz-Suche, bei der Schulvermittlung bestehen keine Probleme.

**Herr Schachtschneider, CDU**, fragte nach, wie der Begriff Inklusion verstanden werden kann. Weiterhin bat er um Erklärung, warum zwangsverheiratete Frauen nicht im Flüchtlingsfrauenhaus aufgenommen werden.

**Frau Jäschke, Vertreterin des Flüchtlingsfrauenhauses**, erläuterte, dass mit Inklusion auch die Information der Öffentlichkeit verstanden werden kann. Die 2. Frage beantwortete Frau Jäschke, dass den Frauen, die zwangsverheiratet wurden, keine Sicherheit im Flüchtlingsfrauenhaus gegeben werden kann. Weiterhin machte Frau Jäschke noch einmal deutlich, dass Männer keinen Zugang zum Flüchtlingsfrauenhaus haben, einzig Handwerker hätten Zutritt.

**Herr Hildebrandt, CDU**, möchte wissen, inwiefern sich das Ziel der Inklusion mit einem laufenden Asylbewerberverfahren verhält. Die Frauen sind zu diesem Zeitpunkt nur geduldet und es könnten „falsche“ Hoffnungen geweckt werden.

**Frau Jäschke, Vertreterin Flüchtlingsfrauenhaus**, machte deutlich, dass zum größten Teil keine Asylanerkennung erfolgt, da die Frauen keinen „Flüchtlingsstatus erfüllen“. Es geht bei der Arbeit des Flüchtlingsfrauenhauses einzig und allein darum, traumatisierten Frauen zu helfen, sie zu integrieren und wieder zu befähigen, ein eigenständiges Leben zu führen.

**Herr Czock, sachkundiger Einwohner**, bat um Mitteilung, wie Sprachbarrieren beseitigt werden und welche Sprachgrundlagen vorhanden sind.

**Frau Jäschke, Vertreterin des Flüchtlingsfrauenhauses**, gab an, dass wenige Programme durchgeführt werden, um die deutsche Sprache zu erlernen. Das Flüchtlingsfrauenhaus wird von der Freiwilligenagentur unterstützt, nur in sehr schwierigen Fällen werden Dolmetscher eingesetzt, z. B. bei Behördengängen. Frau Jäschke wies darauf hin, dass weniger die Kommunikationsprobleme im Vordergrund stehen, das zwischenmenschliche Verständnis hilft über viele Sprachbarrieren hinweg.

**Frau Wolff, MITBÜRGER/NEUES FORUM**, stellte die Frage, wie mit Beratungsstellen kooperiert wird.

**Frau Jäschke, Vertreterin des Flüchtlingsfrauenhauses**, erklärte, dass eine Weitervermittlung an andere Beratungsstellen und Unterkünfte erfolgt.

**Herr Dr. Kranich, sachkundiger Einwohner**, bat um Beantwortung, wie hoch die Quote der Anerkennung der Flüchtlingsfrauen ist.

**Frau Jäschke, Vertreterin des Flüchtlingsfrauenhauses**, entgegnete, dass die Quote sehr gering ist. Die Ankerkennung ist von der Situation des Landes abhängig. **Frau Schneutzer, Beauftragte für Integration und Migration**, kann dazu fachkundiger Auskunft erteilen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, fragte noch einmal nach, ob die Frauen ein Jahr im Flüchtlingsfrauenhaus verweilen.

**Frau Jäschke, Vertreterin des Flüchtlingsfrauenhauses**, legte dar, dass der Aufenthalt durch das Landesverwaltungsamt vorgegeben ist und ein Jahr beträgt. Mitunter verlassen einige Frauen bereits vorzeitig das Flüchtlingsfrauenhaus.

**Herr Hildebrandt, CDU**, kam noch einmal auf seine Ausführungen zurück. Es sollten bei den Frauen keine falschen Hoffnungen geweckt werden, dass das Asylverfahren durch den Aufenthalt im Flüchtlingsfrauenhaus beschleunigt oder positiv beschieden wird.

**Frau Jäschke, Vertreterin des Flüchtlingsfrauenhauses**, wies dies zurück. Wie oben dargelegt, sollen die Frauen auf den Alltag vorbereitet und ihnen soll ein gutes Gefühl der Hilfe und Fürsorge gegeben werden.

**Herr Müller, CDU**, gab an, dass es sich bei der Betreuung der Frauen und der Arbeit des Flüchtlingsfrauenhauses um eine gute Sache handelt. Die Frauen brauchen dringend Hilfe und werden durch das Flüchtlingsfrauenhaus betreut.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, dankte den Damen recht herzlich für ihren Vortrag und betonte noch einmal die Wichtigkeit dieser Arbeit. Sie wünschte ihnen viel Erfolg bei der Umsetzung ihrer Aufgaben.

## **zu 7      Beschlussvorlagen**

---

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

## **zu 8      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Der unter dem Tagesordnungspunkt 9.1 eingereichte Antrag der Fraktionen – Vermeidung von Geschlechterstereotypen in städtischen Veröffentlichungen wird vertagt und in der Februar-Sitzung des SGGA behandelt

**Abstimmungsergebnis:**

10	JA-Stimmen
0	NEIN-Stimmen
0	ENTHALTUNGEN

**einstimmig zugestimmt**

## **zu 9      schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

## **zu 10     Mitteilungen**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, wies darauf hin, dass der Tätigkeitsbericht der Seniorenberatungsstelle vorliegt. Von **Herrn Dorn, Seniorenrat**, kann dieser bezogen werden.

**Frau Ute Haupt**, Vorsitzende des Ausschusses, zeigte an, dass nach Mitteilung von **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, die Fördermittelvorlage des Bereiches Gleichstellung in der nächsten Sitzung des SGGA behandelt wird.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, teilte mit, dass durch das Land 2,1 Mio. Euro Ausgleichsleistungen für Kosten der Unterkunft (Wohngeld) zur Verfügung gestellt wurden.

**Herr Dr. Yousif, DIE LINKE.**, machte deutlich, dass wohl 6 Mio. Euro ausgezahlt werden.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, berichtigte, dass für Sachsen-Anhalt 6 Mio. Euro Ausgleichsleistungen fließen, davon für die Stadt Halle 2,1 Mio. Euro ausgezahlt werden.

## zu 10.1 Themenspeicher

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, sprach den Themenspeicher für die kommende Sitzung an, gerade der Februar umfasst sehr viele Aufgaben. Sie wird **Frau Schneutzer, Beauftragte für Integration und Migration**, vorschlagen, das Indikatorenset Integration/Migration in die März-Sitzung zu verlegen.

**Herr Schachtschneider, CDU**, unterbreitete den Vorschlag, den Besuch des DLZ Familie zu verschieben, evtl. in den April. Auch sollte im 2. Halbjahr der Besuch der Begegnungsstätte Mehrgenerationenhaus „Pusteblyume“ aufgenommen werden.

**Frau Wolff, MITBÜRGER/NEUES FORUM**, erfragte, ob die orthodoxe oder armenische Gemeinde auch zu den konfessionellen Einrichtungen zählt. Es sollten auch andere religiöse Einrichtungen besucht werden.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, erläuterte, dass auch andere religiöse Bereiche mit aufgenommen werden können.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, erklärte, dass nicht nur ausschließlich der religiöse Bereich gemeint ist.

**Herr Hildebrandt, CDU**, gibt der Verwaltung die Aufgabe, eine Aufstellung aller konfessionellen Einrichtungen vorzulegen.

## zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin**, stellte Fragen an **Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit**, zu Noro-Viren, Masern und Gelbfieber. Sie wird diese schriftlich formulieren und Fachbereich Gesundheit zukommen lassen.

Weiterhin bat **Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin**, um Auskunft durch **Herrn Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter**, wie die Anerkennung von Berufsabschlüssen behinderter Menschen erfolgt und ob diese durch das Ministerium vorgenommen wird.

**Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter**, machte deutlich, dass der Verein Lebenshilfe ein Zertifikat für die Ausbildung behinderter Menschen und so auch einen Ausbildungsbereich besitzt. Andere Träger haben noch keine Zertifizierung. 460 Plätze sollen vorgehalten werden, der Bedarf ist aber weit höher. Ziel ist es jedoch, weitere Plätze abzuschmelzen. **Herr Dr. Fischer** kann zu einem späteren Zeitpunkt detaillierter Auskunft erteilen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, erörterte, dass die Fördermittel in den pflichtigen Bereich fallen. Sie fragte nach, ob hier Abschläge gezahlt werden.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, sagte aus, dass bei entsprechender Antragstellung Abschlagszahlungen möglich sind, jedoch immer unter Beachtung der derzeitigen vorläufigen Haushaltsführung.

**Herr Schachtschneider, CDU**, gab an, wenn diese Entscheidung für die Träger zufriedenstellend ist, das Vorgehen mitgetragen wird.

## zu 12 Anregungen

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, regte für die Vorlage der Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit in der Stadt Halle an, eine neue Vorlage zu erstellen und folgende Gesichtspunkte mit aufzunehmen:

- 1.) *Befangenheit – neue Aspekte berücksichtigen*
- 2.) *Eigenmittel ausweisen*
- 3.) *Darstellung Drittmittel*

Ferner sind die Auswirkungen bei Nichtförderung aufzuzeigen und Alternativen zu benennen.

**Herr Schachtschneider, CDU**, möchte auf das Mitwirkungsverbot der sachkundigen Einwohner und Stadträte hinweisen.

**Herr Bonan, SPD**, zeigte an, dass wiederholt auf dem Markt Ratten gesehen wurden. Er fragte nach, wie das Problem behandelt und ob das Veterinäramt informiert wurde und tätig wird.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, erklärte, dass wiederholt Aufträge zur Rattenbekämpfung ausgelöst wurden.

**Herr Hildebrandt, CDU**, stellt an die Verwaltung die Aufgabe, Begegnungsstätte für ältere Bürger aufzulisten, die nicht öffentlich gefördert werden.

**Frau Riethmüller, Seniorenbeauftragte**, schilderte, dass im neuen Seniorenratgeber die Begegnungsstätten und Treffs aufgelistet sind.

Für die Richtigkeit:

Datum: 03.02.14

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter Bildung und Soziales

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Konstanze Hermann  
Protokollführerin